

Die Tatsache, dass wir heute über Schwarz-Grün reden – und nicht nur als Vision, sondern angesichts einer wachsenden Zahl von Kooperationen und Koalitionen auf kommunaler Ebene als Realität –, hat mit Gemeinsamkeiten zu tun. Gemeinsamkeiten, die über taktisch-strategische Interessen hinausgehen. Denn bei aller taktisch-strategischen Beweglichkeit: Da wo ideologische und inhaltliche Gräben allzu tief sind, hat auch die Beweglichkeit ihre Grenzen.

Eckpunkt des Wandels

Wenn wir in den letzten beiden Jahrzehnten einen Wandel in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland feststellen konnten, so ist der Begriff Schwarz-Grün einer der markantesten Eckpunkte dieses Wandels. Bis in die achtziger und neunziger Jahre hinein war er bestenfalls eine Metapher für die größtmögliche Gegensätzlichkeit politischer Anschauungen und politischer Kultur. Auch nach Jahren der gescheiterten Experimente und der erfolgreichen Bündnisse auf kommunaler Ebene ist Schwarz-Grün noch für einen Überraschungseffekt gut, der – je nach parteipolitischen Verortung – erfreut oder schockiert.

In jedem Fall sorgt Schwarz-Grün für Erfrischung und entzieht sich der Tendenz, politische Neuorientierungen als Momentaufnahmen einer oszillierenden Beliebigkeit zu bewerten. Keine Frage: Schwarz-Grün ist mehr. Aber wie viel „mehr“ und auf welche Art „mehr“, das

wird eine der spannendsten Debatten über unser Parteiensystem werden.

Wenn wir die Gemeinsamkeiten und Optionen von Grünen und Union herausarbeiten wollen, wenn wir mit freudiger oder mit skeptischer Überraschung die jungen schwarz-grünen Pflänzchen in den Kommunen betrachten und ihre zukünftige Bedeutung bewerten wollen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, was uns bisher getrennt hat. Warum Schwarz-Grün in der Vergangenheit unmöglich war; warum es auch heute noch mentale Blockaden gibt; warum Schwarz-Grün diesen Sensationscharakter hat.

Der schwarz-grüne Gegensatz begann mit der Gründung der Grünen in den siebziger Jahren. Die Jahre ab Ende der sechziger bis zum Beginn der achtziger waren – zumindest aus damaliger Sicht – eine Belastungsprobe für die Bundesrepublik. Es war die Zeit der Glaubenskämpfe. Nie vorher und nie danach war die Gesellschaft in diesem Maße politisiert, polarisiert und radikalisiert. An den beiden Enden des Polarisationspektrums standen Union und Grüne.

Rechts von der Union gab es keine nennenswerte politische Kraft. Darauf hat die Union immer Wert gelegt. Es war das Credo der Partei, dass sich eine rechtsradikale oder rechtsextreme Partei nicht etablieren darf. Nicht nur aus wahlstrategischen Gesichtspunkten, sondern vor allem, um die Entstehung eines politisch organisierten und parlamentarisch implementierten rechtsextremen Milieus zu verhindern. Als Volkspartei, die die poli-

tische Mitte für sich beansprucht, suchte die Union in Zeiten der bundespolitischen Opposition, in Zeiten der neuen Ostpolitik und in Zeiten des linken Straßenkampfes ihr konservatives Profil zu stärken. Von der Polarisierung glaubte sie zu profitieren, was ihr mit ihrem zweitbesten Bundestagswahlergebnis im Jahre 1976 in gewissem Maße – wenn auch nicht hinreichend – gelang.

Jugendliche Gegenkultur

Ausgehend von der 68er-Bewegung, hatte sich eine linke Szene gebildet, die mehr war als eine neue politische Formation. Entstanden war eine neue Kultur mit neuen Wertvorstellungen und neuen Lebensformen – eine neue jugendliche Gegenkultur gegen die etablierte weitgehend unpolitische, stark materialistisch ausgerichtete und an alten Autoritätsmustern festhaltende bundesrepublikanische Gesellschaft der sechziger Jahre. Ihr politisches Selbstverständnis ebenso wie ihre Programmatik war linksrevolutionär. Ziel waren nicht Reformen oder die Korrektur von Fehlentwicklungen innerhalb des Systems. Ziel war die Überwindung des Systems selbst. Ihr kulturelles Selbstverständnis war geprägt vom gesellschaftlichen Gegenentwurf und vom Drang nach individueller Selbstverwirklichung, frei von einengenden bürgerlichen Konventionen. Zumindest bei Teilen der Bewegung spielte das Ideal des Ursprünglichen, des von der Zivilisation Unverdorbenen eine starke Rolle. Es bildete sich eine Art Wahlverwandtschaft der Linken zu den Umweltbewegungen. Aus dieser Wahlverwandtschaft entstand die Partei der Grünen.

Für die Union waren die Grünen die parteipolitische Formation jener neuen Linken. Sie waren der Zusammenschluss der K-Gruppen, die die Umweltpolitik lediglich als Vehikel zum Einzug in die Parlamente benutzten. Dabei übersah man durchaus nicht, dass in den Umwelt-

bewegungen auch zahlreiche Konservative aktiv waren, wie beispielsweise der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl. Gerade deren Marginalisierung in der Etablierungsphase der Grünen war für die Union ein Beleg, dass es der Partei in Wahrheit weniger um die Umwelt ging. Vielmehr waren die Grünen aus Sicht der Union die Partei der Systemüberwindung, des Umsturzes.

In der beginnenden Parlamentarisierung der Grünen Ende der siebziger Jahre sahen Konservative auch keinesfalls deren langsam einsetzende Akzeptanz des politischen Systems. Im Gegenteil, sie sahen darin die Umsetzung des von Rudi Dutschke einst beschworenen Marsches durch die Institutionen. Damit galten die Grünen als ernst zu nehmende Gefahr für die parlamentarische Demokratie, die die Union nach dem Krieg nicht zuletzt als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus maßgeblich mit aufgebaut hatte.

Diese Einschätzung wurde durch die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopoles und nicht zuletzt auch durch den erkennbar mangelnden Respekt vor den Verfassungsinstitutionen gestützt. Beispiele hierfür sind der Minister-Eid Joschka Fischers in Turnschuhen oder seine bekannte unflätige Beschimpfung des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen.

In Zeiten des kälter werdenden außenpolitischen Klimas, in Zeiten einer sich wieder verstärkenden Blockbildung zwischen Ost und West standen die Grünen für die Aufkündigung der Adenauer'schen Westbindung, für Äquidistanz und Neutralismus. Dazu kam die grundsätzliche Ablehnung von technischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum. Die Grünen lehnten aus der Sicht der Union all das ab, was das Wesen und den Erfolg der Bundesrepublik konstituierte: parlamentarische Demokratie, westliche Bündniszugehörigkeit und wirtschaftliche Potenz.

Was sahen die Grünen in der Union? Aus den Erfahrungen während der siebziger Jahre in der Jungen Union heraus soll hier der Versuch unternommen werden, deren Sichtweise nachzuvollziehen.

Union als ideales Feindbild

Zunächst einmal war aus dieser Sicht die Union die Partei, die bei der Integration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nicht in jedem Falle so genau hingesehen hatte. Hier soll nur Adenauers Staatssekretär im Kanzleramt Hans Globke genannt werden, der Mitverfasser des offiziellen Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen war. Dass auch und vor allem Personen aus dem Widerstand – wie beispielsweise Eugen Gerstenmaier, Jakob Kaiser und Karl Arnold – die Union mitbegründeten, blieb eher ausgeblendet. Die Union – so sah man es in der neuen Linken der siebziger Jahre – stand in einer gewissen Kontinuität zum Nationalsozialismus. Die gängige Kapitalismus-Faschismus-Theorie gab dafür die ideologische Grundlage ab.

Aber auch die Tatsache, dass die Union stärker etwa als SPD und FDP einen repressiven Ansatz in der Auseinandersetzung mit der neuen Protestkultur verfolgte, wie sie überhaupt stärker an einem autoritären Gesellschaftsbild festhielt, die Tatsache, dass sie als prononcierter Bündnispartner der USA galt, dass sie die neue Ostpolitik der SPD ablehnte, und nicht zuletzt ihre Unternehmerfreundlichkeit, all das schien in den Augen der Linken die Einschätzung zu bestätigen: Die Union ist in Wahrheit eine faschistisch-nationalistische Partei. Demokratie und Sozialstaatlichkeit werden in ihr nur vorgetäuscht, sie sind Placebos zur Unterdrückung der Massen zu Gunsten kapitalistischer Interessen, denen sogar die natürlichen Lebensgrundlagen zum Opfer fallen. Die Union stand für all das, was es zu bekämpfen galt.

Stärker konnten die Feindbilder kaum sein. Es überrascht daher nicht, dass es Jahre, ja Jahrzehnte dauerte, um sie abzubauen. Doch es bedurfte nicht nur der Zeit, es bedurfte grundlegender Wandlungsprozesse in der politischen Kultur der Bundesrepublik und in der allgemeinen weltpolitischen Situation. Dazu gehörten die Auflösung des Ost-West-Konfliktes, der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Volksrepubliken jenseits des Eisernen Vorhanges sowie das Scheitern des realen Sozialismus sowjetischer Prägung.

Systemtragende Partei

Die Parlamentarisierung der Grünen ging mit einer zunehmenden Akzeptanz des bundesdeutschen Parlamentarismus einher. Prinzipien, die einmal die Andersartigkeit der Grünen als Partei ausmachten, gab man auf. Dazu gehörten das Rotationsprinzip, das imperative Mandat oder die Diätenabführung. Bei allen basisdemokratischen Elementen, die man beibehielt, ist das System der repräsentativen Demokratie mittlerweile unumstritten. Die Grünen sind heute eine systemtragende Partei.

Unumstritten sind auch die Einbindung Deutschlands – zumal des wiedervereinigten Deutschlands – in die Europäische Union und in die NATO. Die Westbindung Konrad Adenauers wird heute als richtige Weichenstellung nach den Irrwegen des deutschen Sonderweges anerkannt. Daniel Cohn-Bendit ging sogar soweit zu sagen, dass die Demokratisierung der politischen Kultur durch die Protestbewegung der innenpolitisch-gesellschaftliche Vollzug der außenpolitischen Westbindung Adenauers gewesen sei.

Unumstritten sind auch das System der Sozialen Marktwirtschaft und die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums und technischen Fortschrittes, die beide – in richtige Bahnen gelenkt – für

die Erhaltung einer intakten Umwelt unabdingbar sind. Und schließlich haben sich die Grünen mit der Regierungsübernahme 1998 endgültig von jenem Fundamentalpazifismus entfernt, der in ihrer Gründungszeit noch konstitutiv war. Aus Sicht eines Vertreters der Union lässt sich feststellen: Die Partei der Grünen hat sich in den Kernfragen unserer politischen Existenz grundlegend gewandelt!

Wandlungsprozess der Union

Aber auch die Union hat einen Wandlungsprozess durchgemacht, wenn er sich auch weniger fundamental ausgewirkt hat. In Kernfragen des politischen Systems, des Wirtschaftssystems und der außenpolitischen Verortung hat die Union all ihre Überzeugungen ungebrochen beibehalten.

Im Gegensatz zu den siebziger Jahren bekennt sich die Union heute zur Notwendigkeit einer nachhaltigen Umweltpolitik. Sie hat diese Notwendigkeit spät entdeckt und gesteht mittlerweile auch als Fehler ein, dass beispielsweise ein Politiker wie Herbert Gruhl in der Union damals keine politische Heimat fand.

Mit ihrer Regierungsübernahme 1982 hat die Union die Brandtsche Ostpolitik des Wandels durch Annäherung anerkannt und fortgeführt. Die strikte Ablehnung beispielsweise des KSZE-Prozesses sieht sie heute ebenfalls als Fehler an.

Die Union hat mit der Wiedervereinigung die Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze festgeschrieben und sich von allen revisionistischen Neigungen im Sinne mancher Vertriebenen distanziert. Ausdrücklich versteht sie sich als eine nicht-nationalistische Partei, die sich vom rechten Rand in unserer Gesellschaft sehr viel deutlicher abgrenzt als noch in den siebziger Jahren. Das zeigt nicht nur der Fall Hohmann, das haben auch die klaren Absagen an die in den achtziger Jahren entstandenen neuen Rechtsparteien gezeigt. Die Union sieht sich heute als die

Europapartei in Deutschland, die ein Aufgehen des Nationalstaates in supranationalen europäischen Strukturen befürwortet und betreibt.

Schließlich hat die Union mehr und mehr Elemente jener politischen Kultur absorbiert, die sie in den siebziger Jahren noch bekämpfte. So ist ihren Mitgliedern das Engagement in Bürgerinitiativen inzwischen alles andere als fremd. Es finden sich vermehrt Stimmen für stärkere direkt-demokratische Elemente in der Politik, die gewissen basisdemokratischen Elementen bei den Grünen ähneln. Das gilt ebenso für die Rolle der Frauen, die – wenn auch noch unterrepräsentiert – heute in der Union sehr viel selbstbewusster und engagierter für ihre Interessen eintreten, als das früher überhaupt denkbar gewesen wäre.

Neue Verwandtschaft

Mit diesen Wandlungsprozessen in beiden Parteien ging auch die Auflösung der alten Feindbilder einher. Eingübte Denkschablonen und Wahrnehmungsraster verblassen zusehends. Der Blick öffnet sich mehr und mehr für Gemeinsamkeiten, die sich angesichts gegenwärtiger und zukünftiger politischer Problemlagen immer stärker herauskristallisieren. Es scheinen sich sogar Seelenverwandtschaften aufzutun, die man vor zehn Jahren noch kaum für möglich gehalten hätte. Hierzu gehören zum Beispiel Kongruenzen im jeweiligen Wertkonservatismus, wie sie in Fragen der Bioethik sichtbar werden.

Aber auch in Grundfragen wie der Rolle des Staates scheint man sich, aus unterschiedlichen Richtungen kommend, aufeinander zu bewegen. Der individuelle Selbstverwirklichungsanspruch der Grünen verbindet sich mit dem Subsidiaritätsprinzip aus der christlichen Soziallehre, wie es die Union vertritt. Die fürsorgliche Belagerung des al-

les regulierenden Wohlfahrtsstaates steht im Widerspruch zur Grundhaltung der Union wie auch der Grünen. Die Präambel der Kölner Koalitionsvereinbarung, in der man sich zu „bürgerschaftlicher Freiheit, Selbstverantwortung und Selbstbestimmung“ bekennt, ist ein deutlicher Beleg dafür. Auch die Vorbereitung der Gesellschaft auf einen bevorstehenden materiellen Wohlstandsverzicht zu Gunsten künftiger Generationen und die stärkere Hinwendung zu einem ideellen Wohlstandsbegriff haben sowohl bei den Grünen als auch bei der Union tief verwurzelte Traditionen. Der Begriff der Nachhaltigkeit wird bei den Grünen und der Union heute ökologisch und ökonomisch gedeutet, wenngleich gewisse divergierende Akzentsetzungen noch spürbar sind. Diese gemeinsamen Grundhaltungen eröffnen auf zahlreichen Feldern die Möglichkeit konstruktiver Zusammenarbeit. So etwa bei der Reform unseres Sozialstaates, beim Ausstieg aus der Kohlepolitik, bei der Förderung erneuerbarer Energien, bei der Mittelstands- und Forschungspolitik insbesondere im Bereich der Embryonenforschung.

Mehr Brücken als Barrieren

In entscheidenden, unsere Zukunft bestimmenden Grundsatzfragen gibt es heute zwischen Grünen und Union keine unüberbrückbaren Gräben mehr, es gibt mehr Brücken als Barrieren.

Dennoch bleiben Unterschiede, wirken Dissonanzen aus den siebziger Jahren fort. So im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, der Rolle der Polizei und der Einführung von staatlichen Überwachungssystemen. Hier liegt der Akzent der Union auch heute noch stärker als bei den Grünen auf repressiven Elementen. Um des Schutzes vor Kriminalität willen ist die Union eher noch bereit, bürgerliche Freiheitsrechte an manchen Stellen etwas

enger auszulegen. Die unterschiedlichen Wurzeln sind unübersehbar.

Dies trifft auch für den Bereich der Familienpolitik zu. Bei aller Öffnung der Union für alternative Lebensformen wird der traditionelle Familienbegriff immer noch hochgehalten. Die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften verträgt sich damit schlecht.

Außerdem ist da noch die Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Einem etwas naiven Multikulturalismus bei den Grünen begegnen viele in der Union immer noch mit Reserviertheit. Doch auch hier gibt es auf beiden Seiten Bewegung. So mehren sich bei den Grünen die Stimmen derer, die im Rahmen der Islamismusdebatte die Gefahren allzu großer Toleranz durchaus wahrnehmen. Bei der Union verabschiedet man sich zusehends von einem ethnisch gebundenen Nationenbegriff und öffnet sich damit dem Gedanken der kulturellen Vielfalt innerhalb der demokratischen bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Auch wenn die Notwendigkeit einer Leitkultur angemahnt wird, so darf man doch davon überzeugt sein, dass dieser Begriff, richtig interpretiert, sowohl bei den Grünen als auch bei der Union Akzeptanz finden kann. Es ist bedauerlich, dass diese Debatte abgebrochen wurde. Eine notwendige und fruchtbare Debatte wurde dadurch verpasst.

Zusammenfassend kann man sagen, die Frage weiterer schwarz-grüner Kooperationen und Koalitionen auf Länder- und auch auf Bundesebene ist nur eine Frage der Zeit. In spätestens zehn Jahren – so meine Prognose – sind beide Parteien auch für eine Koalition auf Bundesebene reif. Ob man sie dann tatsächlich eingeht, wird keine grundsätzliche Frage mehr sein. Es wird eine Frage der politischen Eventualität, der politischen Opportunität und der politischen Gelegenheit sein.